

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Juli 2017

07/2017

Nur mit LINKS gelingt's

Wahlprogramm beschlossen - Auf in den Wahlkampf!

Vom 9.-11. Juni fand in Hannover der Parteitag der LINKEN statt. Die Eilenriedehalle, hier war ich als Kind nicht nur bei den Hannoverschen Jazztagen, sondern auch 1981 bei meinem ersten Rockkonzert »Live on Stage« mit Marius Müller-Westernhagen - Mit Pfefferminz bin ich dein Prinz.

Und nun der Parteitag der LINKEN, 1.200 Änderungsanträge zum Wahlprogramm - die Partei hat sich eingebracht - das war nur noch schwer zu Händeln. Etwa 200 Anträge wurden von den Delegierten behandelt und abgestimmt. Ein Arbeitsmarathon an drei Tagen, aber jetzt ist es beschlossen, unser Wahlprogramm, und nun können wir alle gemeinsam auf dieser guten Grundlage in den Wahlkampf ziehen.



Paul Schmudlach (rechts) gratuliert Freke Over zu seiner Kandidatur

Foto: Paul Kurzke

»Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.
Die Zukunft, für die wir kämpfen.«

Aus dem Wahlprogramm:

- Anhebung gesetzlicher Mindestlohn auf 12 Euro die Stunde,
- Anhebung des Rentenniveaus auf 53 %,
- längere Zahlung des Arbeitslosengeld 1,
- Wiedereinführung der Vermögensteuer für hohe Vermögen,
- Erhöhung des Steuerfreibetrages auf 12.600 Euro,
- Solidarische Gesundheitsversicherung für alle - alle zahlen ein,
- Abzug deutscher Soldaten aus dem Ausland, Abrüstung, Verbot Waffenexporte.

Die Reden unserer Vorsitzenden und unserer Spitzenkandidaten waren über die drei Tage verteilt und brachten den Parteitag nach den Arbeitsphasen wieder in Euphorie. Katja und Bernd, Sahra und Dietmar setzten Akzente und mobilisierten uns und wohl auch viele Zuschauer, die wir im Internet und Fernsehen hatten, für den bevorstehenden Wahlkampf.

Schade fand ich politisch, dass wir in der Europapolitik nicht visionärer wurden. Nach einer spannenden und kontroversen Debatte, in der auch Gregor Gysi, der

Zum Termin der Bundestagswahlen am 24. September 2017 wird in Rheinsberg auch der Bürgermeister neu gewählt. Unser Genosse Freke Over tritt als Kandidat der LINKEN bei der Bürgermeisterwahl an. Freke ist ein erfahrener Politiker, der jahrelang im Berliner Abgeordnetenhaus saß und auch in Rheinsberg viele Jahre aktiv als Stadtverordneter tätig war. Gegenwärtig ist er Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kreistag OPR und streitet auch hier engagiert für die Interessen und Anliegen der Bürger.

»Ich stehe für eine andere Politik und mehr sozial ist ein Muss«, sagte er unserer Redaktion. In Rheinsberg muss es wieder die Möglichkeit geben, das Abitur abzulegen - das liegt ihm besonders am Herzen. Die Stärkung des Tourismus und eine soziale Stadtentwicklung sind weitere Schwerpunkte für ihn. Er steht für eine »Stadt des Miteinanders« und unterstützt mehr bürgerschaftliches Engagement. Die Ortsteile sollen mehr eigenen Gestaltungsspielraum und ganz Rheinsberg wieder eine vernünftige ÖPNV-Anbindung bekommen.

Freke Over ist Jahrgang 1967 und betreibt in Luhme das dortige Ferienland. Man kennt ihn gut in Rheinsberg und Umgebung. Er hält mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg, ist kontaktfreudig, kritisch und ständig »auf Achse«.

Paul Schmudlach, Kreisvorsitzender der LINKEN. OPR, hält ihn »für den richtigen Mann im Kampf für ein soziales Rheinsberg - eben eine echte LINKE Alternative!«

Vorsitzende der Europäischen Linken, sprach und den Parteitag von der Wichtigkeit eines europäischen und globalen Blicks auf unsere Politik zu überzeugen versuchte, wurden leider Anträge mit dem Tenor »Republik Europa« - wie wir das gemeinsame Europäische Haus mit allen Menschen demokratischer gestalten wollen - nicht in das Wahlprogramm aufgenommen. Die Mehrheit beließ es bei

der Forderung nach einem »Neustart« für die Institutionen der EU, ich hätte mir an dieser Stelle mehr Mut gewünscht, unsere Visionen auch konkret darzulegen.

Nun liegt es an uns GenossInnen, die Wähler und Wählerinnen zu überzeugen und ein gutes Ergebnis für DIE LINKE bei der Bundestagswahl zu erzielen.

Freke Over, Delegierter

Stolpersteine in Kyritz

Seit 1996 verlegt der Künstler Gunter Demnig Stolpersteine, die die Namen und wichtigsten Lebensdaten von Opfern des Nationalsozialismus tragen und vor ihrem letzten frei gewählten Wohnsitz im Straßenpflaster auf öffentlichem Grund eingelassen werden. Inzwischen liegen in 1099 Orten Deutschlands und in zwanzig Ländern Europas Stolpersteine. Am 24. März 2017 wurden die ersten zwei Stolpersteine in Kyritz durch den Künstler Gunter Demnig verlegt.

Der jüdische Kaufmann Theodor Calmon, für den in der Kyritzer Prinzenstraße 1 ein Stolperstein verlegt wurde, ist 1856 in Kyritz geboren worden. Nachdem die Nationalsozialisten ab 1933 immer wieder zum Boykott jüdischer Geschäfte aufriefen, wurde auch das Haushaltswarengeschäft von Theodor Calmon überfallen und er verlor daraufhin seine Kundschaft.

Calmon wurde von den Kyritzern zunehmend ausgegrenzt und seiner Existenzgrundlagen beraubt. Zwei Jahre nach dem Überfall verkaufte er sein Haus in der Kyritzer Prinzenstraße. Da er keine Unterstützung bei der Suche nach einer Mietwohnung fand, war er 1936 gezwun-



Foto: Anja Büchner

gen, Kyritz zu verlassen und ging zu seiner bereits in Berlin lebenden Tochter Henny Lucie. Fünf Wochen später starb Theodor Calmon und wurde in Berlin beerdigt.

Calmons Tochter Henny Lucie, die 1883 in Kyritz geboren wurde und später in Berlin lebte, wurde 1942 deportiert und im Konzentrationslager in Sobibor ermordet. An ihr Schicksal erinnert der zweite Stolperstein.

Mit der Verlegung der Stolpersteine erfahren die Schicksale von Theodor Calmon und seiner Tochter Henny Lucie eine nachträgliche Anerkennung.

*Christina Pudimat
Stadtfraktion DIE LINKE in Kyritz und
Vorsitzende des Kyritzer Heimatvereins*

Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

Auch an die Zukunft denken!

Als in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Deutschland die ersten Atomkraftwerke den Betrieb aufnahmen, war die Euphorie groß. Dachten doch viele Menschen, und so wurde es ihnen ja auch von den Politikern, egal ob in der DDR oder der BRD, gesagt, damit ist die Energiefrage für die Zukunft gelöst. Über den anfallenden Atommüll und dessen Entsorgung machten sich damals die wenigsten Gedanken.

Ähnlich sieht es heute aus. Nach der Fukushima-Katastrophe, als die Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hatte, setzte ein wahrer Boom für die erneuerbaren (wobei das ein Streitbegriff ist) Energien ein. (Um nicht falsch verstanden zu werden, ich bin kein Gegner dieser Energieform, habe aber so meine Bedenken).

Wenn man sich z.B. die »Verspargelung« ansieht, kommen einem unwillkürlich Gedanken zu einer Verschandelung unserer Landschaften. Aber, wer macht

oder hat sich schon mal Gedanken gemacht, was mit diesen immer größer werdenden Anlagen einmal geschieht, wenn sie ausgedient haben. Die riesigen Rotorblätter der Windkraftanlagen bestehen nämlich aus mit Harz verklebten Carbon- oder Glasfaserverbundstoffen. Und diese Stoffe können nicht wieder- bzw. weiterverarbeitet werden. Sie müssen geschreddert und verbrannt werden, was die Filter der Verbrennungsanlagen sehr stark belastet, so dass diese öfter ausgetauscht werden müssen (auch wieder Sondermüll). Auch wenn es heute schon Laborversuche gibt, die Verbundstoffe wieder zu trennen, ist es bis zu deren technischer Umsetzung noch ein weiter Weg.

Ähnlich sieht es bei den Batterien für die E-Autos, also die Elektromobilität, aus. Das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg verweist darauf, dass die in den Batterien enthaltenen Materialien bei ihrer Gewinnung und Verarbeitung Treibhaus- und Schadstoffemissionen verursachen. Auch hierzu gibt es zum Recycling Machbarkeitsstudien, aber immer noch nicht die notwendigen technischen Anlagen.

Kommentar

DIE LINKE bewegt was!

Vor einigen Jahren stand Brandenburg vor einem sich abzeichnenden Riesenproblem - dem drohenden Ärztemangel auf dem flachen Land. Diese Situation hat sich dank einer klugen Gesundheitspolitik der linken Ministerinnen Tack und Golze heute etwas entschärft und zeigt eine positive Tendenz.

Gemeinsam mit den Fachorganen, wie den Verbänden der Krankenkassen, der Kassenärztlichen Vereinigung oder dem Hausärzteverband Brandenburg, haben diese Landespolitikerinnen große Anstrengungen unternommen, um die ärztliche Versorgung wieder abzusichern. Dass hierbei die Gründung der privaten medizinischen Hochschule »Theodor Fontane« eine mitentscheidende Rolle spielt, haben unsere linken Lokalpolitiker von Anfang an betont. Diese fachliche, lokale Einschätzung hat unsere Landespolitiker sicherlich mitveranlasst, die Gründung der Hochschule zu unterstützen.

Wenn heute die Chefin des Hausärzteverbands Frau Dr. Harre zu der Einschätzung kommt, dass 60 bis 70 Weiterbildungsassistenten eines Jahrgangs, also junge Ärzte und Ärztinnen, in unserer Region bleiben, dann kann man wohl von einem Erfolg sprechen. Besonders hervorgehoben wurde von Frau Dr. Harre, dass an der medizinischen Hochschule für die Ausbildung von Allgemeinmedizinern, also Hausärzten, ein eigenes dafür vorgesehenes Institut besteht.

Nun werden viele sagen, das alles ist ja nur ein Verdienst der ärztlichen Selbstverwaltung bzw. der Kassen und von Privatinitiativen. Dass aber dafür die politischen Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen geschaffen wurden, ist Verdienst der Brandenburger, also linker Gesundheitspolitiker.

Natürlich gibt es auf diesem Gebiet noch viel zu tun, aber wir sind auf dem richtigen Weg. Hierbei haben die medizinischen Versorgungszentren einen besonderen Stellenwert. Sind es doch Einrichtungen ähnlich der DDR-Polikliniken, wo Ärzte im Angestelltenverhältnis unterschiedlicher Fachrichtungen unter einem Dach ihre Leistungen anbieten. Dass diese Versorgungszentren erst so spät geschaffen wurden, ist bedauerlich. Hat sich doch die verstorbene SPD-Sozialministerin Regine Hildebrandt vehement für den Erhalt der Polikliniken eingesetzt. Leider hat sie damals, außer von der PDS in Brandenburg, keinerlei politische Unterstützung erhalten.

hjm

2. Kinderfest in Fehrbellin

Familienfreundlichkeit vor Ort – gelebt und durch DIE LINKE mitgestaltet

DIE LINKE. Fehrbellin gestaltete am 24.06.2017 zum zweiten Mal ein Kinderfest für alle Familien. Grund dieser Initiative war es, ein Event zu schaffen, das der Forderung der LINKEN entspricht, sich für eine gleichberechtigte Förderung aller Kinder von Anfang an einzusetzen und damit Teilhabe aller Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, zu ermöglichen.

Die Teilnahme war kostenfrei, und so konnten sich alle Kinder, die es wollten, auf dem Fehrbelliner Rathausplatz vergnügen - ob beim Zusehen der Kunststücke der Frettchen oder selbst gestaltete Kunststücke beim Spielmobil, ob durch »Verewigung« auf einer Malwand oder durch besonders mutigen Kontakt mit der Hexe und ihren Tieren. Den Kindern schien es jedenfalls viel Spaß zu bereiten, und so manche Eltern ließen sich davon anstecken und wetteiferten gemeinsam mit ihren Kindern.

Dass die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern in unserer Gesellschaft längst nicht Normalität ist, ist uns oft nicht bewusst. In Deutschland leben mindestens 2,5 Millionen Kinder in Armut oder sind akut von Armut gefährdet. Auch die Folgen für die Kinder sind empörend: sie sind häufig schlechter ernährt, schlechter gesundheitlich versorgt, haben schlechtere Bildungschancen, und sie werden nicht so alt wie ihre AltersgenossInnen, die in reicheren Elternhäusern geboren worden sind. Kaum jemand möchte dazu gehören, denn dieses Problem ist sehr beschämend



Der Frettchenzirkus in Aktion

Foto: MaC

und der Ausweg oft aussichtslos. Denn gerade Familien mit Kindern, die Sozialleistungen beziehen, würden Leistungen, die ihnen und ihren Kindern zustünden, gar nicht erst beantragen, da sie entweder von ihren Ansprüchen gar nichts wüssten, oder aber die Antragstellung sehr bürokratisch sei. Ursache dafür ist nicht der Bildungsstand der Eltern, sondern die Intransparenz des Systems.

Um diesen Problemen Abhilfe zu schaffen, fordert die Linksfraktion im Bundestag unter anderem die Abschaffung von Sanktionen im Sozialleistungsbezug und die Schaffung von Familienstellen, in denen zukünftig alle Leistungen für Kinder aus einer Hand gewährleistet werden. Ziel ist es, den Antrags- und Behördenmarathon, an dem viele scheitern, zu beenden und stattdessen leistungsberechtigt, ausführlich und transparent über ihre Rechte

und Ansprüche zu beraten. Um Kinderarmut aber wirksam zu bekämpfen, braucht es mehr. So fordert DIE LINKE ebenfalls eine deutliche Anhebung des Kindergeldes auf 328 Euro und eine grundlegende Neuberechnung der Kinderregelsätze im Hartz IV-Bezug.

In Brandenburg leben rund 235.000 Familien mit Kindern unter 18 Jahren. Familienministerin Diana Golze (DIE LINKE) erklärte: »Brandenburg ist schon heute eine besonders familien- und kinderfreundliche Region«. Die Landesregierung entwickelte ihr familien- und kinderpolitisches Programm mit einem neuen Maßnahmenpaket unter dem Titel »Gemeinsam für ein familien- und kinderfreundliches Brandenburg« weiter.

Ines Nowack

Kalenderblatt

Verbot der KPD vor 61 Jahren

Das KPD-Verbot vom 17. August 1956 war in der Geschichte der Bundesrepublik das zweite Parteienverbot.

Die KPD hatte sich nach dem Verbot während der Zeit des Nationalsozialismus 1945 neu gegründet. Sie zog 1949 in den ersten deutschen Bundestag ein, war aber unter den damaligen vorherrschenden politischen Bedingungen isoliert. Die Bundesregierung verabschiedete 1950 den sogenannten Adenauer-Erlass. Demnach mussten alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten getreu der Verfassung arbeiten, Mitgliedschaften in verfassungsfeind-

lichen Organisationen waren verboten.

Am 26. Juni 1951 wurde die FDJ durch die Bundesregierung verboten - wegen enger Verbindungen zur SED und KPD. Im November 1951 stellte die Bundesregierung Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD, u. a. wegen enger Kontakte zur DDR/SED - dies galt als Hochverrat.

Es dauerte fünf Jahre, bis das Bundesverfassungsgericht ein Urteil fällte. Es führte zur Zwangsauflösung der KPD, dem Verbot zur Gründung von Ersatzorganisationen, das Parteivermögen wurde beschlagnahmt, die politischen Mandate wurden entzogen und Gerichtsverfahren gegen tausende Mitglieder eingeleitet und durchgeführt.

Kurzmeldungen

Sommerfest muss auch sein

Ihr jährliches Sommerfest, nun schon in mehreren Jahren zu einer gern erlebten Tradition geworden, begingen die Genossen der BO 14 Neuruppin am 20. Juni 2017. Mit ernsten und heiteren Gesprächen über die große und kleine Politik wurde es wieder ein schönes gemeinsames Erlebnis. Christiane und Norbert Schwarz, die uns bei schönstem Sommerwetter in ihrem Garten in Braunsberg empfangen und bewirteten, sei an dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön für ihre viele Vorbereitungs-mühe gesagt.

ch-

Viele Probleme noch ungelöst

Interview mit Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der LINKEN



»Drogen legalisieren?! - Das sagt DIE LINKE im Bundestag dazu«. Unter diesem Motto trafen sich am 28. Juni 2017 etwa 30 interessierte ZuhörerInnen im Café Tasca in Neuruppin, um unter anderem mit Frank Tempel, Drogenpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag, sowie Kirsten Tackmann, Spitzenkandidatin der Brandenburgischen LINKEN zur Bundestagswahl, zu diskutieren. Moderiert wurde die Veranstaltung von Freke Over (DIE LINKE), der vor über 20 Jahren einer der Mitmelder der ersten Hanfparade in Berlin war.

Nach einem kleinen Einführungsgespräch von Frank Tempel gab es viele Fragen aus dem Publikum, die unsere Abgeordneten zur Zufriedenheit aller beantworten konnten. Die übergroße Mehrheit der Anwesenden sprach sich für eine schrittweise Legalisierung von Drogen aus.

Frank Tempel zum Internationalen Tag gegen Drogenmißbrauch: »Drogen sind zu gefährlich, um sie den Kriminellen auf dem Schwarzmarkt zu überlassen.«

Foto: Privat

Die reguläre Sitzungsperiode der 18. Wahlperiode ist abgearbeitet. Wie ist die Bewertung aus LINKER Sicht?

Kirsten Tackmann: Eine große Koalition ist für eine lebendige parlamentarische Demokratie, die wir ja gerade als LINKE wollen, ausgesprochen hinderlich. Die Übermacht war so groß, dass Union und SPD dann doch ein paar Zugeständnisse gemacht haben. Regulär hätten die Mandate der LINKEN und Grünen nicht einmal für die Anrufung eines Untersuchungsausschusses gereicht - eines der wichtigen Oppositionsrechte, das auch intensiv genutzt wurde zu den Themen NSA, NSU, VW-Skandal oder cum-ex-Geschäfte.

Inhaltlich war es eine Wahlperiode, in der die Militarisierung der deutschen Außenpolitik weiter vorangeschritten ist, noch mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr beschlossen wurden, sich die Beziehungen zu Russland weiter abgekühlt haben und die deutsche Rüstungsindustrie weiter mit Waffenexporten - auch in Krisengebiete - viel Geld verdient. Das Recht auf Asyl wurde in einem Maß ausgehöhlt, wie man sich das zu Beginn nicht hätte vorstellen können. Das Gleiche gilt für

Freiheitsrechte. Alles natürlich gegen den erbitterten Widerstand der LINKEN, meistens aber ohne Unterstützung anderer Fraktionen.

Sozial ist einiges, aber viel zu wenig, erreicht worden. Dass die Ostrenten erst 2025 angepasst werden, noch dazu unter Streichung des Ausgleichs für die systematische Lohndiskriminierung in Ostdeutschland, ist ein Skandal. Das Problem explodierender Mieten wurde nicht gelöst. Der Ausverkauf von Äckern und Wiesen an landwirtschaftsfremde Investoren auf Kosten der ortsansässigen Landwirtschaft ist nicht gestoppt worden. Diese Koalition aus Union und SPD hat unser Land nicht vorangebracht. Weder beim Thema Frieden, noch bei der sozialen Gerechtigkeit oder beim Schutz des Klimas.

Wie sieht die Bilanz für unseren Wahlkreis aus?

Kirsten Tackmann: Gerade die ländlichen Regionen sind die Verlierer der Bundespolitik. Trotz Sonntagsreden wurde keines der drängenden Probleme gelöst. Sinkende offizielle Erwerbslosenzahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer mehr Menschen im Hartz IV-

Repressionssystem stecken bleiben. Selbst Armut trotz Arbeit ist ein wachsendes Problem. Und wenn die aktuelle Bertelsmann-Studie gesamt Ostdeutschland zur Risikogruppe für Altersarmut definiert, dann kann man davon ausgehen, dass dies in unserer Region besonders zutrifft. Die viel zu späte Angleichung der Ostrenten wird dazu führen, dass viele davon nicht mehr profitieren können. Wenn die Netzentgelte zwar für Übertragungsnetze nun endlich bundesweit einheitlich geregelt wurden, nicht aber für die Verteilnetze, dann heißt das in unserer Region eben keine Entlastung bei den Energiepreisen.

Weil das von der LINKEN seit Jahren geforderte Bundes-Herdenschutzkompetenzzentrum weiter verweigert wurde, spitzt sich die Debatte um den Wolf auch in unserer Region zu, weil Unterstützung für die Weidetierhaltungen auch in unserer Region fehlt, auch wenn das Land viel dafür leistet. Die Milchpreise sind zwar nach der schweren Krise aktuell etwas besser, aber sie reichen bei Weitem nicht, um die Verluste auszugleichen. Keine der Krisenursachen ist behoben. Die erpresserische Marktübermacht von Supermarktketten und Molkereien wurde ebenso nicht begrenzt wie die Investoren nicht daran gehindert werden, den Boden als Produktionsgrundlage der ortsansässigen Betriebe existenziell zu bedrohen.

Was muss sich am dringendsten in der nächsten Wahlperiode ändern?

Kirsten Tackmann: Als LINKE fordern wir eine friedliche Rolle Deutschlands in der Welt, einen Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen und einen sofortigen Stopp der Rüstungsexporte. Wir brauchen ein System der internationalen Beziehungen, das auch die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands berücksichtigt. Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Mehr soziale Gerechtigkeit heißt nicht nur armutsfeste Renten und Einkommen, sondern z. B. auch eine gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft, bessere Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs und die Sicherung der gesundheitlichen Versorgung auch in den ländlichen Räumen.

Redaktion: Wir bedanken uns für das Interview und wünschen Dir weiter viel Erfolg in Deiner verantwortungsvollen Arbeit!

Bildung ist wie tägliches Brot

Interview mit Ines Nowack zu Fragen der politischen Bildung

Du wurdest in den jetzigen Kreisvorstand der LINKEN in OPR gewählt und bist dort für die politische Bildung zuständig. Wie wichtig ist denn die Bildung in einer Partei und in OPR?

Ines Nowack: Bildung an sich befähigt uns. Wir können Bücher lesen, Gefühle artikulieren, kennen unsere Kultur, die Kultur anderer und können diese wertschätzen, um nur einige Beispiele zu nennen. Die politische Bildung hat einen eigenen Stellenwert im Bildungsspektrum. Hier stehen die Erkennbarkeit, die Zusammenhänge in Gegenwart und Vergangenheit im Zusammenleben der Menschen in Staaten im Fokus. Parteien haben den Auftrag, innerhalb der Bevölkerung zur Meinungsbildung beizutragen und das kann nur geschehen, wenn unsere Mitglieder auch eine der LINKEN entsprechende Bildungsgrundlage in sich tragen.

Das hört sich sehr theoretisch an. Ist es nicht wichtiger, praktische Politik zu machen?

Ines Nowack: Es mag sein, dass es sich theoretisch anhört. Es gibt aber immer eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Wie willst du ein Auto reparieren, wenn du nicht weißt, wie diese Technik funktioniert? In der Politik gilt gleiches. Erkenne die Zusammenhänge und du weißt praktische Politik zu machen.

Wie willst du das in die Praxis umsetzen?

Ines Nowack: In der Tat, die Umsetzung ist eine schwierige Sache, denn ein Parteilehrjahr gibt es ja nicht mehr. In der heutigen Zeit stehen viele Menschen unter enormem Zeitdruck und können sich nur um sich und die Familie kümmern. Andererseits sind sie Mitglieder dieser Gesellschaft und es ändert sich ja nichts,

wenn keine qualifizierten Entscheidungen getroffen und keine qualifizierten Forderungen formuliert werden können. Der erste Schritt ist, wir haben in der Märkischen Linken per Beschluss des Kreisvorstandes eine Seite für politische Bildung zur Verfügung. In Absprache mit dem verantwortlichen Redakteur werde ich dafür Sorge tragen, dass diese Möglichkeit genutzt wird.

Du bist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Antikapitalistische Linke, müssen wir damit rechnen, dass die Bildungsthemen antikapitalistisch sind?

Ines Nowack: Die Inhalte sind verschiedener Art. Ob sie antikapitalistisch sind, liegt auch im Auge des Betrachters. Unsere Bildungsangebote eröffnen einen neuen Blickwinkel im Gegensatz zum Mainstream (gesteuerte Mehrheitsmeinung), es werden Angebote sein aus der Sicht der lohnabhängig Beschäftigten. Schließlich sind wir kein neoliberaler Haufen.

Kannst du sagen, welche Inhalte in der Märkischen Linken verbreitet werden sollen?

Ines Nowack: Ich stehe hier in Beratung mit anderen Genossen und dieser Prozess ist noch im Gang. Es gibt aber schon Vorstellungen von Themen, die in der Märkischen Linken Verbreitung finden sollen.

Hier sollen Themen der Ökonomie, des Außenhandels, Interessen und Druckmittel des Staates, die Bedeutung von Geld, Korruption als Folge der Konkurrenzniegelage, Freihandelsabkommen, Protektionismus, Klassenfragen und anderes behandelt werden. Die Frage der Alternativen bis hin zu Vorschlägen für Wahlkämpfe wird die Sache abrunden. Außerdem habe ich die berechtigte

Du hast Ideen für politische Themen oder suchst Kontakte für den politischen Meinungsaustausch?
Du bist aktiv und suchst Unterstützung?

Melde dich bei uns!

DIE LINKE.

Kreisverband Ostprignitz-Ruppin

kv@dielinke-opr.de

Betreff: AG Politische Bildung in OPR

*Ines Nowack
verantwortlich für politische und fachliche
Bildung im Kreisverband Ostprignitz-Ruppin*

Gewissheit, dass sich auch andere an der Gestaltung der Bildungsseite beteiligen werden.

Im NRW-Wahlkampf hatten die Parteien die Bildung als Thema, auch DIE LINKE. Die Bedeutung wird einem da schon klar. Was meinst du, warum dieses Thema in der Politik so einen wichtigen Stellenwert einnimmt?

Ines Nowack: Bei den anderen Parteien wird die Bildung genutzt, um das Denken in eine neoliberale, marktkonforme Richtung zu lenken. Diese Steuerung frisst den Fortschritt und da kommt uns die Aufgabe zu, gegenzusteuern. Es geht hier um die Deutungshoheit der Begriffe in Zeiten der Informationsflut, der alternativen Fakten, der Fake News und Co. Mit dem Bildungsangebot soll eine solide Denkbasis in der Partei und in der Bevölkerung weiter gestärkt werden, daher diese Wichtigkeit.

Ich danke für das Gespräch und wünsche dir Erfolg.

Das Gespräch führte unser Redaktionsmitglied Marco Christian Wiese.

Städtetag mit vielen Anregungen

DIE LINKE auf dem Deutschen Städtetag unter dem Motto: Heimat-Zukunft-Stadt

Vom 30. Mai bis 1. Juni 2017 fand in Nürnberg die 39. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages statt. Neuruppin war entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung durch Herrn S. Pieper und mich vertreten.

Die Veranstaltung begann mit den Gruppenbesprechungen der Hauptversammlung. Ich nahm an der Gruppenbe-

sprechung DIE LINKE teil, wo sich die Delegierten der LINKEN trafen. Hier wurden Vorabsprachen getroffen, Fragen beantwortet und insbesondere viel über die als mangelhaft empfundene Zusammenarbeit zwischen der Bundespartei-führung, der Bundestagsfraktion und den Delegierten des Städtetages der LINKEN diskutiert. Wir hoffen, dass die Kritik der Städte und damit ihre spezifischen Prob-

leme in der Bundespolitik angekommen sind. Lösungen können wir langfristig nur gemeinsam finden.

Bürgerhaushalt gefragt

Am Abend des 30. Mai fand die politische Abendveranstaltung der LINKEN im Nürnberger Gewerkschaftshaus auf

Fortsetzung Seite 6

Ist Putin an allem schuld? (Folge 9)

Russische Annexion der Krim?

Die Ereignisse auf dem Kiewer Maidan, seit November 2013, hatten auch Einfluss auf das politische Geschehen auf der Halbinsel Krim. Die Regierung der autonomen Krim in der Hauptstadt Simferopol und vor allem Vertreter des Parlaments, wie der Vorsitzende, Wladimir Konstantinow, sahen große Probleme bei der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung, bei der Sicherung der Demokratie und des Autonomie-Status der Krim.

Da ca. 90 % der Bevölkerung russischer Nationalität sind, bemühte man sich bereits in der Vergangenheit von ukrainischer Seite des öfteren, diese Situation zu ändern. So wurde viel unternommen, um eine Russenphobie zu entwickeln und den Status der Krimtataren und der Ukrainer im Übermaß zu erhöhen, um dann auch die Autonomie einzuschränken und den Einfluss Kiews zu erhöhen. Mit der »Orangen Revolution« ab 2004 wurde vieles in dieser Richtung begonnen.

Hier eine kleine Episode aus Begegnungen und persönlich gemachten Erfahrungen:

Im August 2015 besuchte ich die in jeder Hinsicht schöne und interessante Halbinsel Krim. Bei den abendlichen Unterhaltungen in Sudak mit unseren Zimmervermietern in der Fischergasse und der

Krim-Bevölkerung in den fast orientalischen Weinstuben (und der nachträglichen Recherchen im Internet) wurde deutlich, wie sich bei der damaligen Regierung in Kiew der Weg der Krim im »Geostrategischen System« dieser Welt darstellen sollte.

Strategische Begehrlichkeiten

Es war im Jahr 2006. In Feodosija, einer uralten Stadt auf unserer Reiseroute im Mittelosten der Insel unweit von Sudak, wurden ca. 360 US-Soldaten angelandet, die mit dem Aufbau einer US-Basis auf der Krim beginnen sollten. Es sollte alles getarnt und geheim gehalten werden. Nachdem es aber trotzdem entdeckt wurde, war die Empörung der Bevölkerung darüber so groß, dass die US-Soldaten von jeglicher Versorgung und Bewegungsfreiheit abgeschnitten wurden. Es waren zigtausend Menschen, die dagegen Tag und Nacht mit Belagerung demonstrierten. Nach ca. 14 Tagen, als so gut wie kein Proviant mehr vorhanden war und die politische Situation sich weiter zuspitzte, waren sie zur Aufgabe gezwungen. Man begann mit Unterstützung der Zentralregierung den Rückzug einzuleiten.

Es eskortiert vom ukrainischen Militär wurde etwa die Hälfte der Mannschaften



mit Bussen in Richtung Kiew gebracht. Die Lage war unkalkulierbar und man wollte einer weiteren öffentlichen Konfrontation, die eine politische internationale Zuspitzung zur Folge hätte, aus dem Weg gehen, sodass man eine zwischenzeitliche Unterbringung in Hotels als kritisch betrachtete. Mit einer gecharterten Zivilmaschine erfolgte noch in der Nacht des selbigen Tages der Abflug zu den US-amerikanischen Stützpunkten in Deutschland. Der Abtransport der restlichen Soldaten erfolgte eine Woche später auf ähnliche Weise.

Aus meiner Sicht betrachtet, war das, was man damals noch im Stillen ablaufen lassen wollte, um der jungen »orange revolutionären Regierung« nicht beim Sturz behilflich zu werden, schon ein klarer Beweis für die Absichten der USA in Bezug auf strategische Begehrlichkeit auf die Krim, zum Abwürgen Russlands. Wenn man heute die Vielfalt der zugänglichen Informationen betrachtet, kann man, auch wenn Medien gerne vieles übergehen, eine direktere und offenere Darstellung der Begehrlichkeiten seit dem Maidan 2014 erkennen.

(wird fortgesetzt)

Karl-Heinz Schindler

Städtetag mit vielen Anregungen

Fortsetzung von Seite 5

Einladung der Fraktion Die LINKE im Rat der Stadt Nürnberg statt. Neben der Rede des Bundesgeschäftsführers gab es interessante und nützliche Beiträge von Bürgermeistern der LINKEN. Beim gemütlichen Beisammensein führte ich aufschlussreiche Gespräche u.a. mit unserer Bezirksbürgermeisterin von Berlin/Marzahn-Hellersdorf Dagmar Pohle, Carsten Schatz aus unserer Fraktion im Berliner Senat, sowie Nürnberger Abgeordneten. Insbesondere waren die Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt im Sinne von mehr Beteiligung der Bürger einschließlich Umgang mit Finanzen interessant. Wir sollten daher meines Erachtens in unseren Städten für den Haushalt 2018 ebenfalls einen Bürgerhaushalt mit einbringen. Ich werde dies mit unserer Fraktion in Neuruppin besprechen.

In der Hauptversammlung am 31.05.

sprach Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit viel Humor und Detailkenntnis zu den Problemen in den Städten, u.a. zu der zu schaffenden einheitlichen Internet-Bürgerplattform mit einheitlichem System für alle Ebenen von Bund bis zu den Kommunen zur einfachen Nutzung durch den Bürger. Selbstkritisch stellte sie fest, dass wir hier aber quasi noch Entwicklungsland sind. Ausführlich beschäftigte sie sich zugleich mit den Problemen im sozialen Wohnungsbau wie auch dem Wohnungsbau im mittleren Preisniveau.

Nürnberger Erklärung

Am Nachmittag war ich im Forum »Lebendige Innenstädte: Zukunft von Stadt und Handel«. Dieses befasste sich mit dem Strukturwandel im Einzelhandel und den Möglichkeiten, wie eine erfolgreiche Politik zur Gestaltung attraktiver Städte

mit einem florierenden Handel gelingen kann. Am Rande traf ich zur gegenseitigen Freude auf die Oberbürgermeisterin unserer Partnerstadt Bad Kreuznach, Frau Dr. Heike Kaster-Meurer. Wir verabredeten uns zur Weinverkostung auf dem Riesenrad zum Kreuznacher Jahrmarkt. Der Abendempfang des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg bot nochmals die Gelegenheit, in gemütlicher und kulturvoller Runde miteinander ins Gespräch zu kommen.

Am 01. Juni 2017 wurde die »Nürnberger Erklärung« verabschiedet, welche auch von der Fraktion DIE LINKE mitgetragen wurde. Im Detail kann diese über die Internetseite des Deutschen Städtetages abgerufen werden.

Gerd Klier

Vorsitzender der StVV Neuruppin

Die SPD - Zeit für gerechte Steuern?

Geringverdiener hätten wieder nichts davon

Am Montag, den 19.06.2017, stellte Kanzlerkandidat Martin Schulz das SPD-Steuerkonzept vor. Als ich am Mittwoch dazu einen Beitrag im Ruppiner Anzeiger mit der Überschrift »SPD entlastet Besserverdiener« las, wurde ich neugierig und las mal genauer nach.

Das Steuerkonzept der Sozialdemokraten ist grob konzipiert, und wenn der SPD-Chef Martin Schulz Bundeskanzler werden würde, sollen geringe und mittlere Einkommen um 15 Milliarden Euro entlastet werden.

Wie funktioniert unser Steuersystem? Einkommenssteuertarif, Nullzone, Steuersatz, Grenzsteuersatz, Durchschnittssteuersatz, Solidaritätszuschlag, Vermögenssteuer sind nur einige Eckpunkte. Im Grunde lautet das Motto: »Wer wenig verdient, zahlt wenig Steuern, und wer viel verdient, zahlt mehr Steuern«.

In diesem Jahr beträgt der Grundfreibetrag (zur Sicherung des Existenzminimums) 8.820 Euro, das heißt, bis zu diesem Betrag (zu versteuerndes Einkommen) muss ein Single (bei Verheirateten doppelter Betrag) keine Steuern bezahlen. Dieser Grundfreibetrag muss durch die Regierung aus verfassungsrechtlichen Gründen alle zwei Jahre angepasst werden.

Das Konzept der SPD sieht vor, den Spitzensteuersatz von 42% erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro (jetzt 52.152 Euro für Alleinstehende), 45% ab 76.200 und 48% ab 250.000 zu versteuerndem Einkommen zu erheben. Eine Entlastung der Bürger von etwa 10 Milliarden jährlich weist das SPD-Konzept aus, der Solidaritätszuschlag soll ab 2020 erst ab 52.000

Euro zu versteuerndem Einkommen (Verheiratete 104.000 Euro) fällig werden. So profitieren eben nur Besserverdienende von Steuernachlässen.

Wo profitieren nun die geringeren Einkommen, denn die Steuerstatistik sagt, »im Mittel wird ein Jahreseinkommen von 26.152 Euro versteuert«, also weit weg von Spitzenverdienst und Spitzensteuersatz?

Martin Schulz äußerte selbst, viele Geringverdiener würden nicht vom Steuerkonzept profitieren, »weil sie keine Einkommenssteuer bezahlen«, sollten aber dafür bei Sozialbeiträgen weniger bezahlen. Dies und mittelfristige Investitionen in Höhe von 30 Milliarden Euro für Bildung und Infrastruktur sollen über mehr Steuereinnahmen bezahlt werden. Hier auch die Kritik aus den eigenen Reihen der SPD und von anderen Seiten, dass Schulz die Vermögenssteuer nicht in sein Steuerkonzept aufgenommen hat und die Finanzierung des Konzeptes nicht ausreichend abgesichert ist.

Zusammenfassend stelle ich fest, es ist eine geringe Verschiebung des Steuersatzes, von der nicht im unteren Bereich des Einkommens profitiert wird, und die Steuern an sich sind nicht das Problem, sondern ihre Struktur. In den letzten Jahrzehnten wurden die Reichen entlastet und die Geringverdiener belastet, denn die indirekten Steuern, die von allen gezahlt werden, steigen. So ist die Mehrwertsteuer von ehemals 10 auf 19% gestiegen, und die Bürde der Sozialabgaben belastet mit rund 20% vom Bruttoverdienst die Normalverdiener ab dem ersten Cent ihres Verdienstes. So haben allein die Steuerreformen seit dem Jahr 2000 dazu geführt, dass das ärmste Zehntel der Bevölkerung jetzt 5,4 Prozentpunkte mehr Steuern auf sein Bruttoeinkommen bezahlt und das reichste Tausendstel 4 Prozentpunkte spart.

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	01.08.	Reiner Streich	Flecken Zechlin	zum	73.
Am	02.08.	Vera Träger	Wittstock	zum	83.
Am	11.08.	Manfred Himmert	Joachimshof	zum	78.
Am	11.08.	Eckhard Schade	Freyenstein	zum	67.
Am	13.08.	Barbara Hinz	Neuruppin	zum	82.
Am	13.08.	Karl-Heinz Schindler	Alt Ruppin	zum	71.
Am	14.08.	Ruth Iffländer	Neuruppin	zum	91.
Am	14.08.	Uwe Tackmann	Tornow	zum	62.
Am	14.08.	Gerhard Ziebol	Wittstock	zum	64.
Am	16.08.	Giselher Trepte	Rüthnick	zum	90.
Am	17.08.	Wilhelm Reischel	Wittstock	zum	68.
Am	21.08.	Maria Schlögel	Neuruppin	zum	90.
Am	22.08.	Burghard Gammelin	Walsleben	zum	60.
Am	22.08.	Emil Timm	Kyritz	zum	84.
Am	25.08.	Jürgen Schubert	Neuruppin	zum	63.
Am	25.08.	Norbert Wilke	Wittstock	zum	62.
Am	29.08.	Hans-Joachim Müller	Alt Ruppin	zum	68.
Am	31.08.	Anita Holz	Wittstock	zum	71.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Es zieht immer, im Wahlkampf Entlastungen bei den Steuern zu versprechen, aber dieses Konzept ist nicht geeignet, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und wirkliche Veränderungen voranzutreiben.

Marion Wenzel, Neuruppin

DIE LINKE kann man nicht kaufen, aber viele kleine Spenden helfen sehr!

Wir brauchen Eure/Ihre Unterstützung!
In diesem Jahr werden die Weichen gestellt, wie es mit unserer Gesellschaft, unserem Land weitergeht. Als einzige im Bundestag vertretene Partei nehmen wir keine Spenden von Konzernen und Banken an. Aber Deine/Ihre Hilfe wird gebraucht! Der Kreisverband OPR plant u. a. die Aufstellung zusätzlicher Großplakate.
Allen Spenderinnen und Spendern schon jetzt ein großes Dankeschön!

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. KV. OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin

Freundschaftstreffen zum 70.

Am 28. Juni lud die Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppín zu einer festlichen Veranstaltung ein.

Anlass war der 70. Jahrestag der Gründung der »Zentralen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion« am 30.06.1947 im Haus der Kultur in Berlin. Auf dem 2. Kongress am 01.-04.07. 1949 in Berlin erfolgte die Umbenennung in »Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)«.

Ein festlich geschmückter und reichlich gedeckter Tisch mit selbstgebackenem Kuchen und russischen Gerichten empfing alle Mitglieder und Gäste. Unsere Vorsitzende, Barbara Hinz, verwies auf die historische Bedeutung dieses Tages und begrüßte alle Gäste, unter anderem auch unsere Jane Zahn aus Rheinsberg, ganz herzlich. Die Sängerin und Liedermacherin bereicherte mit ihrem Gesang russischer Volkslieder unsere Veranstaltung und trug dazu bei, die russische Seele besser kennenzulernen.



Natalie überbrachte unserer Gruppe beste freundschaftliche Grüße der russisch-orthodoxen Kirchengemeinde Neuruppín. Sie sagte: »Unsere Mitglieder sind froh,



Jane Zahn

Fotos: Rudi Menzel

so herzlich von euch allen aufgenommen worden zu sein. Wir spüren die warmherzige Atmosphäre in eurer Gruppe. Die vielen Vorträge und Veranstaltungen, an denen wir teilnehmen können, geben der orthodoxen Kirchengemeinde sehr viel Kraft und Halt. Wir fühlen uns sehr wohl und unser Herz erwärmt sich durch eure Gespräche und euer Verhalten«.

Jane Zahn beschloss unsere Veranstaltung mit dem gemeinsamen Gesang des russischen Volksliedes »Wenn es Abend wird in der großen Stadt«, es gab herzlichen Applaus.

Ganz besonders möchten wir uns bei Frau und Herrn Ahlers bedanken, die - wie so oft - für die sehr gute Vor- und Nachbereitung dieser Veranstaltung sorgten.

Gerda und Rudi Menzel

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 19.07.17	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppín 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppín, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 03.08.17	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 07.08.17	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppín, Schinkelstr. 13
Montag, 07.08.17	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellín 19.00 Uhr, Fehrbellín - Bibliothek

Sommerfest der LINKEN für Vielfalt und Toleranz
Sonnabend, 19. August 2017, 13-20.00 Uhr
Wittstock - Amtshof

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppín
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppín
Kreisgeschäftsstelle Neuruppín
Schinkelstr. 13, Neuruppín
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**
1. Montag des Monats 14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppín
V.i.S.d.P.: Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm), Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht (ga)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 28.07.2017
Erscheinungsdatum: Mi., 09.08.2017